

Novemberrevolution in Kiel

Ehrung an den Gräbern am 9.11. 2013

Rede: Bettina Jürgensen (Mitglied im Parteivorstand der DKP)

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Anwesende,

wie in allen vergangenen Jahren sind wir heute zusammen gekommen, um die Opfer des revolutionären Aufstands von 1918 in Kiel zu ehren.

Uns geht es nicht nur darum, die Erinnerung wach zu halten, es geht vor allen Dingen auch darum die Geschichte zu verstehen und Schlussfolgerungen für unsere politische Arbeit heute zu ziehen.

Deshalb sprechen wir hier immer verschiedene Aspekte an, die uns wichtig erscheinen. Ich möchte, als Mitglied der DKP, als Kommunistin etwas sagen.

Der Krieg war schon vor den Aufständen im November verloren. Die Bevölkerung forderte: Tod und Hunger sollen endlich beendet werden.

Erinnern möchte ich, dass bereits in den Kriegsjahren 1916 und 1917 auch in Kiel Demonstrationen und Streiks stattgefunden haben. Im Januar 1918 fand eine der größten in Kiel mit 30.000 Menschen statt. Wenige Tage vorher wurde die Rüstungsindustrie Kiels bestreikt, die Demonstration war der Höhepunkt dessen. Die Menschen wollten Frieden, Freiheit und Brot.

Am 3. November 1918 demonstrierten dann mehrere tausend Menschen durch Kiel: Arbeiter_innen, Matrosen und Soldaten. Am 4. November befand sich Kiel in der Hand der Arbeiter- und Soldatenräte.

Der Geschichtsverlauf dazu ist bekannt, er wurde auch noch einmal auf dem Stadtrundgang am 3.11. von dem Verein Geo step by step deutlich gemacht.

Viele Menschen im November 1918, ob in einer Partei organisiert oder nicht, hatten Hoffnungen in die Revolution gesetzt, die sich nicht alle erfüllten. Doch es gibt Errungenschaften die bis heute gelten, teilweise jedoch nach wie vor immer wieder neu erkämpft und verteidigt werden müssen. Nennen möchte ich hier nur den 8-Stunden-Tag, die Rechte der Gewerkschaften, das allgemeine Frauenwahlrecht und die Abschaffung der Monarchie.

Als am 9. November Karl Liebknecht in Berlin die freie sozialistische Republik ausrief, wurde zeitgleich vom Kieler Arbeiter- und Soldatenrat ein Telegramm verschickt: „ An Alle! An die Proletarier aller Länder!

Über die deutsche Flotte weht das rote Banner der Freiheit. Die politische Macht liegt in Deutschland in den Händen der Arbeiter und Soldaten. Unterstützt uns in unserem schweren Kampf.

Morgen beerdigen wir die Opfer unseres Befreiungskampfes. Lasst es die letzten Opfer sein. Es ist Blut genug geflossen.“

Es waren nicht die letzten Opfer. Es war nicht das letzte Blut.

Auch die wichtige Gründung der KPD am Jahresende 1918 konnte die konterrevolutionäre Entwicklung in Deutschland weder verhindern, noch aufhalten.

Rosa Luxemburg sagte auf dem Gründungskongress der KPD: „Die Arbeiter- und Soldatenräte (...) das ist das Stichwort, das unsere Revolution vollständig von allen früheren bürgerlichen Revolutionen unterscheidet.“

Diesen Fakt sah die Bourgeoisie ebenso. Und sie zog für sich die Konsequenz daraus, richtete ihre Reaktion gegen die Räte, in denen sie die Organe der unmittelbaren Demokratie sah. Mit der SPD gemeinsam setzten sie mit allen Kräften auf Wahlen zur Nationalversammlung.

Letzten Endes gaben sich auch angesichts des Terrors wichtige Teile der Arbeiterklasse, insbesondere der Arbeiter- und Soldatenräte, dann doch mit der Abschaffung der Monarchie und der Einrichtung einer bürgerlichen Republik zufrieden. Diesem Terror fielen auch, aber nicht nur, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1919 zum Opfer.

Weder die Revolution hatte gesiegt, noch waren Imperialismus, Militarismus und Krieg für immer beendet.

Es erwies sich die Unmöglichkeit in Deutschland in einem Sprung die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Nach den Wahlen zur Nationalversammlung am 19.1.1919 wurde Ebert zum Reichspräsidenten gewählt. Die Räte wurden in den folgenden Monaten – zum Teil mit Waffengewalt - aufgelöst.

Mit dem Kapp-Putsch 1920 wurde von den Kaisertreuen und anderen reaktionären Kräften versucht das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Der Putsch scheiterte am Widerstand der Arbeiterklasse. Sie hatte – zumindest – die Republik, die bürgerliche Republik, verteidigt. Auch hier waren Verletzte und Tote zu beklagen. Die Opfer der Arbeiter_innen Kiels liegen ebenfalls an diesem Gedenkort, neben denen der Novemberrevolution.

Und trotz der vor und seit der Novemberrevolution gemachten Kampferfahrungen der Arbeiterklasse und der Menschen, konnte 1933 der Machtantritt der Faschisten nicht verhindert werden. Der 9. November und die Reichspogromnacht vor heute 75 Jahren macht dies bitter deutlich.

Welche Lehren ziehen wir daraus?

In all diesen Kämpfen wurde u.a. die Notwendigkeit der Verteidigung der Demokratie, auch der bürgerlichen Demokratie, unterschätzt.

Und es wurde zu spät erkannt, wie wichtig die der Einheit der Arbeiterklasse im Kampf um eine andere Gesellschaft, im Kampf gegen den Faschismus ist. Auch wurde die Notwendigkeit nicht erkannt, auch bürgerliche Demokraten in diesen Kampf einzubeziehen.

Heute leben wir in einer der größten Krisen seit 1929.

Es besteht die Notwendigkeit linke Kräfte zu bündeln, um dem Sozial- und Demokratieabbau breiten Widerstand entgegenzusetzen. Wir brauchen eine linke Alternative für heute.

Unsere Alternative für die Zukunft ist klar: wir wollen den Sozialismus. Jedoch für den Sturz des Kapitalismus ist diese Zeit offenkundig noch nicht reif.

Deswegen kämpfen wir, die DKP, zunächst für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt.

Dies hier ist keine Veranstaltung der DKP, jedoch möchte ich das folgende Zitat allen Anwesenden ans Herz legen, sich zu fragen, ob sie dem nicht zustimmen können. Wir Kommunist_innen ziehen in unserem Parteiprogramm Schlussfolgerungen aus der Geschichte, auch aus der Novemberrevolution, wenn wir sagen:

»In der vor uns liegenden Etappe kommt es darauf an, gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln. Allianzen

verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Kräfte, die sich an verschiedenen Fragen immer wieder neu bilden und in denen die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft sein muss, sind die Voraussetzung, um die Rechtsentwicklung und den neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu stoppen. Wenn aus diesen Allianzen stabile Bündnisbeziehungen und ein fester gesellschaftlicher und politischer Block gegen den Neoliberalismus entwickelt wird, dann können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so verändert werden, dass der Kampf um gesellschaftliche Alternativen eine reale Perspektive bekommt.»

Wir wissen, dass dies nicht immer ein leichtes Unterfangen ist.

Die SPD hat 1914 den Kriegskrediten zugestimmt, Noske und Scheidemann hatten Anteil an der Konterrevolution. Und heute steht die SPD für die Agenda 2010 mit Hartz IV und Sozialabbau, sie steht auch für Kriegspolitik. Jetzt wollen sie eine Große Koalition mit der CDU/CSU eingehen. Und doch müssen wir dort, wo es möglich ist, nicht nur mit anderen linken Parteien zusammenarbeiten und in Bewegungen mitarbeiten, sondern auch mit der SPD oder zumindest ihren Mitgliedern, immer wieder das Gespräch und die gemeinsame Aktion suchen.

Wir begrüßen es, dass die Kieler Sozialdemokraten sich in den letzten Jahren wieder stärker auf geschichtliche Traditionen der Arbeiterbewegung in dieser Stadt besinnen. Das betrifft z.B. die Würdigung des Kieler „Matrosenaufstandes“ durch die Umbenennung des Bahnhofsvorplatzes in „Platz der Kieler Matrosen“ und die jährliche Kranzniederlegung des DGB und der SPD am Revolutionsdenkmal im Ratsdienergarten, die Einweihung des „Ernst-Busch-Platz“ (Ernst Busch war Kommunist und kommt aus Kiel), die Teilnahme an der Aktion „Stolpersteine“ bei der u.a. auch antifaschistische, auch kommunistische, Widerstandskämpfer aus der Arbeiterbewegung gewürdigt werden, oder auch die neue Internetseite der Stadt Kiel zu den Ereignissen im November 1918.

Das die Umbenennung des „Hindenburgufer“ nicht nur eine außerparlamentarische Forderung geblieben ist, ist der Initiative der Linken-Fraktion im Rat, aber auch des Arbeitskreises der SPD anzurechnen. Konservative Kräfte in der Stadt sehen in Hindenburg jedoch nach wie vor einen ihrer politischen Vorbilder (er steht für Militarismus und Ostexpansion).

Im Vorfeld des 100. Jahrestages des Beginns des 1. Weltkrieges sollten wir hier aber am Ball bleiben. Eine noch breitere Diskussion über die Rolle der Bundeswehr und der Marine, des Rüstungsstandortes Kiel im Besonderen, ist vonnöten. Und in dieser Diskussion müssen auch die SPD und die Gewerkschaften Farbe bekennen: Die Ehrung der revolutionären Matrosen und Arbeiter und des Kommunisten Ernst Busch ist die eine Seite – Schlussfolgerungen aus ihren Kämpfen für die Gegenwart zu ziehen ist die notwendige andere Seite.

Doch die Schlussfolgerungen zu ziehen und entsprechend zu handeln, das gilt letzten Endes für uns Alle!